

Die heimliche Sehnsucht nach Putins billigem Gas

Welt, 20.02.2025, Andreas Macho, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus255455046/Industrie-Die-heimliche-Sehnsucht-nach-Putins-billigem-Gas.html?sc_src=email_7425356&sc_lid=704501390&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=1885&sc_cid=7425356&cid=email.crm.lc.eq.wp.nl.nl.em.wirtschaft.7425356&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Angesichts der Belastung durch die Energiekosten wächst gerade in der Chemie-Branche die Hoffnung auf eine Wiederaufnahme billiger russischer Gaslieferungen. Doch Manager und Politiker stecken bei dem Thema in einer moralischen Zwickmühle. Es gibt allerdings einen naheliegenden Ausweg.

Nein, bereuen will Christof Günther, Geschäftsführer des Chemieparks Leuna in Sachsen-Anhalt, seine Äußerungen nicht. „Ich habe in den letzten Tagen sehr viele positive Rückmeldungen erhalten. Teilweise wurde ich in E-Mails auch in übler Weise beschimpft“, sagt Günther. „Aus der Industrie insgesamt und insbesondere der Chemiebranche habe ich aber ausschließlich Zuspruch bekommen.“

Der Grund für das volle Postfach des Managers liegt in einem Interview, das er der „Mitteldeutschen Zeitung“ gab. Darin sprach sich Günther angesichts der prekären Lage der Chemiebranche für eine Rückkehr zu russischem Pipeline-Gas aus.

„Wir begehen bald den dritten Jahrestag des Kriegsbeginns“, sagte er, es sei „Zeit, um die Strategie zu überdenken“. Deutschland könne der Ukraine kaum helfen, wenn die eigene Industrie am Boden liege, argumentiert Günther: „Der Importstopp von russischem Gas trifft Deutschland viel härter als Russland. Wo bleibt hier die Logik?“

Die Forderung des Leuna-Managers gewann danach noch überraschend an Aktualität: Die US-Administration unter Präsident Trump begann Gespräche mit Russland über ein Ende des Ukraine-Kriegs. Ein „Deal“ könnte auch die Wiederaufnahme russischer Pipeline-Lieferungen nach Europa beinhalten.

So offen wie Günther spricht es in der Industrie zwar noch niemand aus. Doch eine heimliche Hoffnung auf billige Pipeline-Lieferungen aus Russland hegen wohl viele – besonders die Chemie-Industrie, die Gas nicht nur als Energieträger, sondern auch als Grundstoff braucht. „Die Hoffnung zur Rückkehr zu russischem Gas besteht in der Chemiebranche gerade angesichts des schwierigen Marktumfeldes“, sagt etwa Arne Rautenberg, Portfoliomanager bei Union-Investment.

„Strom ist mittlerweile bis zu fünfmal, Gas gar bis zu siebenmal teurer als an konkurrierenden Standorten anderer Länder“, heißt es vom Leverkusener Chemiekonzern Covestro. Mitbewerber Lanxess urteilt: „Die Kombination von sehr hohen Energiekosten, Bürokratie und steuerlicher Belastung macht die wirtschaftliche Produktion in Deutschland nahezu unmöglich.“

Die Rückkehr in die alte Welt des billigen russischen Erdgases könnte die Existenzangst der Chemie-Industrie beseitigen und Deutschland als Ganzes aus der Rezession holen, so die Hoffnung. Doch Manager und Politiker stecken in einer moralischen Zwickmühle.

Man will nicht den Aggressor im Ukraine-Krieg finanzieren und Geschäfte mit dem Kriegsverbrecher Putin machen. Ein Vergleich ist ja nicht von der Hand zu weisen: Seit Jahren demonstrieren Umweltvereine wie „Greenpeace“ oder „urgewald“ mit dem drastischen Begriff der „Blutkohle“ gegen deutsche Steinkohle-Importe aus Kolumbien.

Demzufolge geht es im Geschäft mit Putin analog um die Einfuhr von „Blutgas“ aus Russland. Doch Deutschland geht ins dritte Jahr der Rezession, Massenentlassungen werden fast im Wochenrhythmus verkündet.

Warum kein Fracking in Deutschland?

Angesichts des geradezu existenziellen Dilemmas überrascht es, dass ein naheliegender Ausweg nicht diskutiert wird: die Ausweitung der Erdgasproduktion im eigenen Land mithilfe der sogenannten Fracking-Technik. Die Methode, Erdgas mit Wasserdruck aus Schiefergestein zu pressen, ist zwar nicht populär, doch nach einer Bewertung durch die unabhängige „Expertenkommission Fracking“ der Bundesregierung risikoarm – und ertragreich.

„Sollte sich die Regierung diesem Potenzial nähern wollen, wäre eine Produktion von bis zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr möglich“, sagt Ludwig Möhring, Geschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG). Die größten Vorkommen gibt es im südlichen Niedersachsen, entlang des Rheingrabels und auf der Insel Rügen.

Der Anteil der heimischen Gasproduktion am Bedarf ließe sich von derzeit fünf auf bis zu 20 Prozent erhöhen. „Die erforderlichen rechtlichen Anpassungen und Genehmigungsverfahren vorausgesetzt, wäre eine Produktion von Schiefergas innerhalb von 18 bis 24 Monaten ab Aufnahme der Explorationstätigkeiten möglich“, sagt Möhring. „Die Produktion des Schiefergases würde einem Marktwert von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr bei heutigen Preisen haben und damit eine erhebliche Wertschöpfung im Land halten.“

Der Bund könnte diese staatseigenen Bodenschätze als Lizenznehmer auch selbst produzieren lassen – zu Kosten unterhalb der Marktpreise – und damit der deutschen Industrie Kostenerleichterungen ermöglichen, und zwar „ohne zusätzliche Subventionen“, wie der BVEG-Chef sagt.

Selbst eine begrenzte Ausweitung des Gasangebots könnte eine Hebelwirkung auf die Preise haben, die Unabhängigkeit Deutschlands erhöhen und Erpressbarkeiten verringern.

Bislang galt Fracking wegen des Widerstands der deutschen Klimaschützer als heikles Tabu-Thema. Inzwischen ist der Wirtschaftsstandort in seinem Niedergang jedoch an einem Punkt, an dem fraglich wird, ob man sich Rücksichten auf weitgehend irrationale Ängste noch leisten kann. Schließlich gilt selbst zwischen Grünen und Union als unstrittig, dass die deutsche Energiewende nur funktioniert,

wenn hierzulande kurzfristig rund 50 neue Gaskraftwerke gebaut werden – mitten in einer Gaspreiskrise.

Professionelle Branchen-Beobachter sehen nur einen Ausweg: „Fracking in Deutschland könnte und sollte ein Thema werden“, erklärte etwa Stefan Küster von der Beratungsfirma Enerchase in der „Zeitung für kommunale Wirtschaft“. „Ich hoffe, dass diese Diskussion wieder auf den Tisch kommt.“

Düngemittelhersteller musste Produktion bereits um die Hälfte reduzieren

Die Zeit drängt: Die Kosten der Gasspeicher-Umlage, mit der die Bundesregierung 2022 auf den russischen Lieferstopp reagiert hatte, belastet die Industrie immer mehr, wie der Verband der Chemischen Industrie (VCI) beklagt. SKW Piesteritz, einer der letzten Düngemittelhersteller Deutschlands in Sachsen-Anhalt, musste seine Produktion bereits um die Hälfte reduzieren.

Der europäische Gaspreis stieg zuletzt auf über 58 Euro pro Megawattstunde. Das entsprach einem Rohölpreis von 100 Dollar pro Barrel, warnte Javier Blas, Energieexperte der Finanznachrichtenagentur Bloomberg. Ein solches Niveau sei „absolut zerstörerisch für die energieintensive Produktion“, sagte er.

Zwar gab der Gaspreis nach Aufnahme der Ukraine-Gespräche zwischen Trump und Putin wieder etwas nach. Doch die Aussicht auf Annäherung an Russland bleibt auch für die energieintensive Industrie ein zweischneidiges Schwert: „Selbst wenn es zu einer Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen käme, wären die Effekte wahrscheinlich begrenzt“, heißt es vom Chemiekonzern Covestro.

Denn das Vertrauen in Russland als Lieferant sei „nachhaltig beschädigt“. Auch deshalb versucht der Branchenverband VCI das Thema Eigenproduktion vorsichtig wieder auf die Tagesordnung zu bringen: „Wir leben in geopolitisch angespannten Zeiten und sollten uns daher bei der Energieversorgung nicht nur auf Importe verlassen“, heißt es dort: „Es ist klug, wenn wir in Deutschland und Europa Vorkehrungen treffen, um Engpässe auch eigenverantwortlich überbrücken zu können.“

Doch so groß die Not und so existenziell das Dilemma auch sind: Das Thema deutsche Erdgasproduktion ist selbst CDU und CSU immer noch zu heikel. In der im November vorgelegten „Neuen Energie-Agenda für Deutschland“ der Unionsfraktion findet sich zur Erdgas-Eigenförderung auf zwölf Seiten kein einziges Wort. ***Es scheint, dass die vermutlich nächste Regierungspartei den Konflikt mit deutschen Umweltschützern mehr scheut als den Einkauf von „Blutgas“ aus Russland.***